

Damit ist der **Einzelplan 02 in der zweiten Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Bildung

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/1905 und die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

(Einige Abgeordnete verlassen den Plenarsaal.)

Wenn es gleich wieder ruhiger geworden ist, eröffne ich die Aussprache. Für die SPD kann sich der Abgeordnete Herr Müller schon mal auf den Weg machen. Ich würde vorschlagen, mit dem Beginn der Rede noch ein paar Sekunden zu warten, bis es ruhiger wird.

Frank Müller (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Bildungshaushalt pflegen Landesregierung und schwarz-grüne Koalition eine Rhetorik der Superlative. Aus großer Entfernung mag das riesig und eindrucksvoll wirken, beim Herantreten schrumpft das Ganze wie ein Scheinriese auf ein gewöhnliches Maß.

Die Bildungsausgaben in Nordrhein-Westfalen sind noch nicht einmal in Reichweite des durchschnittlichen OECD-Niveaus. Im Bundesländervergleich belegt Nordrhein-Westfalen bei den Pro-Kopf-Ausgaben den drittletzten Platz.

So manche Rahmendaten sind daher weniger spektakulär, als es uns CDU und Grüne glauben machen wollen. Ein Plus von 3,5 % sagt erst mal nichts aus und ist gemessen an 5,6 % – um so viel steigt der Gesamtetat – eher kein Gütesiegel. Der Anteil am Gesamthaushalt nimmt sogar um 0,7 % ab.

Etwas anderes ist aber viel schlimmer. Sie geben wissentlich Geld in das System, von dem Sie schon jetzt wissen, dass es am Ende nicht ausgegeben wird, wie etwa für neue Lehrer*innenstellen. Gut fürs Schaufenster, schlecht fürs Geschäft!

(Beifall von der SPD)

Geld muss gut investiert und eben nicht einfach nur bereitgestellt werden.

Statt die Mittel im System zu halten, freut sich der Finanzminister in den nächsten Jahren aber über sogenannte globale Minderausgaben – ein, wie ich übrigens finde, ganz schlimmer Euphemismus. Das ist am Ende das, was man eine Mogelpackung nennen muss.

Frau Ministerin, bitte kämpfen Sie darum, dass die nicht verausgabten Mittel künftig im System bleiben.

(Beifall von der SPD und Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

An unseren Schulen gibt es viele gute und sinnvolle Ideen, was man mit diesem Geld alles finanzieren kann.

Die Frage aller Fragen lautet also: Taugt Ihr Haushalt, um die Bildungskatastrophe abzuwenden? Wir denken: Nein.

Frau Ministerin Feller, bitte versuchen Sie sich erst gar nicht an Pirouetten wie Ihre Ministerincollegin Josefine Paul. Die hat sich in der letzten Plenarrunde wegen dieses Begriffs an uns abgearbeitet, das würde den Menschen im Bildungssystem nicht gerecht. Das war ein untauglicher Versuch, die Fachkräfte als Schutzschild für Politikversagen zu benutzen.

(Beifall von der SPD)

Es ist nämlich ausdrücklich keine Kritik an den Menschen, die den Laden am Laufen halten, denn sie machen im Gegensatz zu Ihnen einen verdammt guten Job an unseren Schulen und Bildungseinrichtungen.

(Beifall von der SPD)

Deuten Sie Kritik an Ihrer Bildungspolitik also nicht in Kritik an den Menschen um, die in einem dysfunktionalen System arbeiten und den Kollaps verhindern müssen, nicht selten ohne Rücksicht auf die eigene körperliche und psychische Gesundheit.

Deswegen bleiben wir dabei: Es geht um nicht weniger als darum, die drohende Bildungskatastrophe abzuwenden.

(Beifall von der SPD)

Da halte ich es schlichtweg mit Ferdinand Lassalle:

„Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit.

Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“

(Beifall von der SPD)

Stellen Sie also die richtigen Fragen, und ziehen Sie die richtigen Schlüsse!

In der letzten Woche verkündeten Sie, dass der Lehrkräftemangel in NRW noch größer ist als bislang angenommen – ein Mangel, der jeden Tag an unseren Schulen schmerzlich spürbar ist und der letztlich zu Lasten des Bildungserfolgs unserer Kinder geht.

Das zeigt erneut: Planstellen unterrichten nicht. Seit Langem ist Ihnen das Problem bekannt. Nicht zuletzt für den Primarbereich und bei der Sonderpädagogik gibt es entschieden zu wenige Studienplätze an

unseren Universitäten. Dazu kommen hohe Abbruchquoten bei Lehramtsstudiengängen. Als wäre dies nicht genug, gibt es bislang keine wirkliche Anreizstrategie für den Seiteneinstieg, der den Lehrberuf auch für andere Hochschulabsolvent*innen attraktiv machen würde.

(Beifall von der SPD)

Frau Ministerin, wir wissen, dass Sie erst wenige Monate im Amt sind. Die Partei, der Sie angehören, regiert aber seit 2017.

Diese Frage muss übrigens auch die Wissenschaftsministerin beantworten. Ich habe aber erhebliche Zweifel, dass Sie beide dort im Gleichschritt unterwegs sind. Die angekündigten Maßnahmen jedenfalls sind unzureichend, um die Probleme zu bewältigen. Das Thema „Lehrkräftemangel“ dürfte uns also noch lange begleiten.

Genau deshalb geht es uns in den Debatten auch immer wieder um die Frage: Wie können wir Lehrkräfte im Schulalltag nachhaltig entlasten? – Ihnen wurden in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben aufgebürdet, ohne dafür die notwendigen Ressourcen zu schaffen.

So können wir zum Beispiel keinen signifikanten Stellenzuwachs bei Schulverwaltungsassistenzen oder bei den Schulpsycholog*innen erkennen. Zudem gibt es auch weiterhin keinen schulbezogenen und vom Land organisierten Support für die technische und pädagogische Implementierung der digitalen Infrastruktur. Da muss dringend nachgebessert werden.

(Beifall von der SPD)

Die schulformunabhängige Anpassung der Einstiegsbesoldung auf A13 begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings: Warum soll dies in einem Stufenplan und gänzlich erst 2026 erfolgen?

Viele Fragen sind zudem ungeklärt: Wie halten Sie es mit dem Abstandsgebot für Schulleitungen im Sek.-I- und im Primarbereich? Wie gehen wir mit Fachleitungen um? Dürfen die Fach- und Werkstattlehrer*innen auch mit einer Anhebung ihrer Einstiegsbesoldung rechnen? Natürlich muss die Gruppe der tarifbeschäftigten – sprich: angestellten – Lehrkräfte in einem Gesamtkonzept einer gerechten Besoldung und Bezahlung Berücksichtigung finden.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ab 2026 besteht der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, aber NRW ist nicht vorbereitet. Wir haben in der letzten Wahlperiode immer wieder angemahnt, Tempo zu machen. Leider ist dieser Appell ungehört geblieben. Jetzt müssen Sie liefern. Es drängt personell, aber auch mit Blick auf die Gebäudeinfrastruktur.

„Gute Schule 2020“ war eine der besten Ideen der Vergangenheit. Wir haben an unseren Schulen in

NRW aber weiterhin einen Investitionsstau von 10 Milliarden Euro. Es wird daher Zeit für „Gute Schule 2025“ – nicht nur, aber auch für den Raumbedarf des Offenen Ganztags.

(Beifall von der SPD)

Da wir gerade bei der OGS sind – auch wenn Sie es nicht mehr hören können –: Es gibt eine sehr schnelle und effektive Methode, Familien gerade jetzt zu entlasten. Machen Sie die OGS gebührenfrei. Sorgen Sie für echte Lernmittelfreiheit und für eine kostenfreie Mittagsverpflegung an unseren Schulen.

(Beifall von der SPD)

Das wäre ein wirkliches Zeichen an die Menschen in unserem Land: In schwierigen Zeiten stehen wir an eurer Seite.

Ein Schlüssel zur Bekämpfung des Fachkräftemangels sind übrigens unsere Berufskollegs, eine Schulform, deren Leistungsfähigkeit zu wenig gesehen und die leider allen Lippenbekenntnissen zum Trotz stiefmütterlich behandelt wird.

Die Appelle aus den Schulen, der Gewerkschaften, der Berufsverbände und der Wirtschaft sind nicht mehr zu überhören. Lassen Sie uns da gemeinsam etwas voranbringen. Springen Sie wenigstens in dieser Wahlperiode über Ihren Schatten, und nehmen Sie unsere ausgestreckte Hand. Wir dürfen die Zukunft nicht verspielen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Digitales Lernen und digitale Kompetenzen sind Schlüsselqualifikationen für gesellschaftliche Teilhabe und ein erfolgreiches berufliches Fortkommen. Unsere Schulen benötigen daher eine leistungsfähige digitale Infrastruktur mit funktionierenden digitalen Lernplattformen, die eine zeitgemäße Lernkultur erlauben.

Aber dafür braucht es auch ein Konzept. Allein die Hardware bei den Schulen abzuladen, reicht nicht. Es braucht neben dem technischen dringend auch den pädagogischen Support vor Ort an den Schulen.

Jetzt verkünden Sie ganz frisch, dass es im nächsten Jahr einen zusätzlichen pädagogischen Tag und ein Zusatzbudget von 1.000 Euro geben wird. Ist das wirklich Ihr Ernst? Das ist Ihre Antwort auf die Dauerherausforderung „digitale Bildung“? Ein Tag und 1.000 Euro? Das ist schlicht absurd und respektlos, Frau Ministerin.

(Beifall von der SPD)

Auch die Inklusion bleibt eine Herausforderung. Neben mehr Lehrkräften für Sonderpädagogik an den allgemeinbildenden Schulen und mehr Inklusionshelfer*innen vor Ort ist die Landesregierung gefordert, eine verbindliche Regelung zur Umsetzung an ausnahmslos allen Schulformen auf den Weg zu bringen

und dafür auch die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Bitte, Frau Ministerin, unterlegen Sie den Sozialindex mit echten Ressourcen, denn nur dann kann ein schulscharfer Sozialindex ein wirksames Instrument sein, um Teilhabe und Bildungschancen zu ermöglichen.

(Beifall von der SPD)

Schule ist nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch Ort des Lebens und ein Ort im Sozialraum. Diese Erkenntnis spiegelt sich in der aktuellen Schulpolitik und mit Blick auf den nötigen Ressourceneinsatz kaum wider.

Sie lassen die Lehrkräfte schlicht mit wachsenden Aufgaben allein. Viele von ihnen arbeiten über der Belastungsgrenze. Und dann fragen Sie sich, warum der Beruf für viele nicht attraktiv ist?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ziel sind wir uns einig: beste Bildung für unsere Kinder, Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Aber dazu braucht es eine mutige Politik, die Probleme erkennt, offen benennt und entschlossen Lösungen vorantreibt.

Ob die Landesregierung mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf diesen Zielen gerecht wird, bezweifle ich. Denn dieser Haushalt atmet den Geist des Weiter-so. Dabei wissen wir doch alle: Es braucht einen New Deal in der Bildungspolitik. So wie wir heute Bildung organisieren, kommen wir an die Grenzen der Zukunftsfähigkeit.

(Jochen Ott [SPD]: Sehr richtig!)

Die Trennung von inneren und äußeren Schulangelegenheiten erlaubt kaum Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Unsere Hand bleibt in dieser Frage ausgestreckt. So wie es ist, kann es auf jeden Fall nicht bleiben.

(Beifall von der SPD)

Ob Sie, Frau Ministerin Feller, gemeinsam mit den Sie tragenden Fraktionen die Kraft und den nötigen Mut aufbringen, wird die Zeit zeigen. Ihr aktueller Haushalt jedenfalls lässt uns da eher pessimistisch zurück. Vielmehr verfestigt sich der Eindruck, dass Sie mit einer klaren Stellenbeschreibung ins Amt berufen wurden: solide verwalten, bloß nicht für Unruhe sorgen und keine Freitagsmails mehr.

Aber das alleine reicht nicht. Da, wo man den Aufbruch spüren sollte, herrschen Stillstand und Ernüchterung.

(Beifall von der SPD)

Stillstand bedeutet nun einmal Rückschritt. Es braucht Anstrengungen und Mut, um die Herausforderungen der Zeit zu bestehen. Fünf verlorene Jahre können wir uns nicht mehr leisten; sie sind auch den

Menschen, die in unseren Bildungseinrichtungen lernen, leben und arbeiten, schlichtweg nicht mehr zuzumuten.

Trauen Sie sich etwas, Frau Ministerin, dann haben Sie uns auch an Ihrer Seite, frei nach Vergil: „Audentis fortuna iuvat“. – Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Müller. – Für die CDU spricht die Abgeordnete Frau Schlottmann.

Claudia Schlottmann^{*)} (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zum Kollegen Müller habe ich weder Zweifel an der Arbeit der Ministerin noch Zweifel an der Arbeit des MSB. Im Gegenteil! Ich finde, seitdem Frau Ministerin Feller im Amt ist, hat sich schon ganz viel bewegt, und wir sind auf einem ausgesprochen guten Weg.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD)

21,7 Milliarden Euro investieren wir in die Bildung unserer Kinder. Wir setzen ein klares Zeichen für die Zukunft unseres Landes. 23,2 % des Gesamthaushalts gehören zum Einzelplan „Schule und Bildung“. Kein anderer Bereich hat ein solches Haushaltsvolumen – zu Recht, denn wir wissen, dass Bildung unerlässlich für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist. Dies darf und muss sich auch in einem Landeshaushalt widerspiegeln.

Wir befinden uns in schwierigen Zeiten, das haben wir heute schon mehrfach gehört. In den vergangenen Jahren und Monaten häuften sich die Herausforderungen, denen sich unsere Gesellschaft stellen muss. Die Coronapandemie, der Krieg in der Ukraine und nun die Energiekrise sind Herausforderungen, die jeden Einzelnen von uns betreffen und in besonderem Maße auch immer wieder unsere Schulen.

So haben wir es geschafft, eine unglaubliche Anzahl von ukrainischen Kindern und Jugendlichen, die geflüchtet sind, zu beschulen. Auch einen Erlass zur beschleunigten Aufnahme neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler, um Schulen und Schulträgern größeren Gestaltungsspielraum und flexiblere Lösungen im Sinne der Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen, haben wir auf den Weg gebracht.

Besonders geprägt hat den Schulalltag die Coronapandemie. Sie hat gleichermaßen Lehrkräfte, Eltern und Schüler unglaublich gefordert, und zwar auf unterschiedliche Art und Weise. Viele Schülerinnen und Schüler haben in dieser Zeit schwer unter dem Distanzunterricht und mangelnden sozialen Kontakten gelitten.

Die Folgen der Pandemie, insbesondere bei unseren Jüngsten, haben wir erkannt und haben uns dieser angenommen. Doch zwei Jahre Lernen unter Pandemiebedingungen können nicht innerhalb weniger Monate aufgeholt werden. Auch deshalb stellen wir für das Programm „Ankommen und Aufholen“ weitere 100 Millionen Euro zur Verfügung und verlängern die Maßnahmen bis zu den Sommerferien 2023.

Wir geben damit weiterhin die Möglichkeit, Lernrückstände aufzuholen, das soziale Miteinander und das individuelle Wohlbefinden in der Schule zu stärken sowie unsere Lehrerinnen und Lehrer zu unterstützen. Diese Unterstützung ist uns so wichtig, dass wir das auch ohne finanzielle Unterstützung des Bundes machen.

Das deutliche Zeichen für die Wertschätzung und Unterstützung unserer Lehrerinnen und Lehrer ist die Besoldungsanpassung auf A13. In den vergangenen zwei Jahren haben unsere Lehrkräfte im Zuge der Coronapandemie herausragende Arbeit geleistet. Schülerinnen und Schüler mitzunehmen und weiterhin zu beschulen, obwohl man sie teilweise nur noch via Bildschirm sieht, ist eine außerordentliche Leistung. Mein höchster Respekt und mein aufrichtiger Dank gelten an dieser Stelle allen, die fortlaufenden Unterricht während der Pandemie ermöglicht haben.

(Beifall von der CDU und Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Doch auch fernab vom Distanzunterricht sind der Anspruch und die Herausforderungen des Lehrberufs nicht zu unterschätzen und stets zu würdigen. All dies waren und sind für uns Beweggründe für die Besoldungsanhebung auf A13. Hiermit haben wir ein Wahlversprechen umgehend nach Regierungsübernahme umgesetzt, und zwar ein Versprechen, das – das muss man ehrlicherweise sagen –

(Jochen Ott [SPD]: Nicht von der CDU kam!)

den Haushalt sehr stark belasten wird. Bis zum Jahr 2026 wird sich diese Angleichung der Besoldung auf insgesamt 900 Millionen Euro belaufen. Jährlich beläuft sich der Betrag auf rund 380 Millionen Euro für den Haushalt.

Mit unserem Nachtragshaushalt haben wir Wort gehalten und haben die notwendigen Mittel für die erste Stufe bereitgestellt. Das ist eine klare Anerkennung des Stellenwerts des Lehrers.

Natürlich kann Wertschätzung nicht ausschließlich über finanzielle Mittel gezeigt werden. Doch ich denke, wir sind hiermit einen wichtigen und langfristig geforderten Schritt gegangen. Mit der schrittweisen Besoldungsanpassung investieren wir in unsere Lehrkräfte und setzen einen Anreiz zur Ergreifung des Lehrberufs.

Die Unterrichtsversorgung sowie die Qualität des Unterrichts sind die beiden Brückenpfeiler, auf denen unser Schulsystem steht. Sie sind der Garant für eine gute Bildung. Deswegen weiten wir kontinuierlich die Studienplätze für das Lehramtsstudium aus. Deswegen fördern wir den Seiteneinstieg in den Lehrerberuf und zeigen unsere Wertschätzung mit der entsprechenden Besoldung.

Wir alle wissen, wie dringend wir den Nachwuchs bei Lehrkräften benötigen. Deswegen haben wir im Haushalt 2023 weitere Lehrerstellen geschaffen. Insgesamt steigt die Zahl der Lehrerstellen damit auf 175.955.

Ja, Herr Müller hat mich vorhin gar nicht enttäuscht. Er hat es gebracht – genau darauf habe ich gewartet –, nämlich die ewigen Einwände der Opposition, dass eine geschaffene Stelle noch keine Lehrkraft vor einer Klasse bedeutet.

(Kirsten Stich [SPD]: Das ist richtig!)

– Ja, das ist richtig. Doch lassen Sie mich hier ganz deutlich sagen: Wir können nur Stellen besetzen, die wir vorher geschaffen haben. Wir werden unser Möglichstes tun, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Mit dem Schaffen der Stellen haben wir den ersten Schritt gemacht. Wir werden diese Stellen sukzessive mit Lehrerinnen und Lehrern besetzen.

(Beifall von der CDU)

Somit stehen die 5.191 Stellen ganz klar für zukünftige Lehrerinnen und Lehrer, die wir dringend brauchen und deren Zukunft wir mit der Schaffung dieser Stellen schon klar gesichert haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal deutlich werden: Ich wünsche, wir könnten die 5.191 Stellen sofort besetzen. Ich wünsche, wir könnten sofort eine 100%ige Unterrichtsversorgung in Nordrhein-Westfalen sicherstellen. Ich wünsche, wir könnten die für die Schulen notwendigen Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sofort an die Schulen und vor allen Dingen an die Brennpunktschulen schicken. Doch wir sind hier nicht bei „Wünsch Dir was“, sondern in der Realität.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Die Realität ist, dass wir seit 2017 kontinuierlich daran arbeiten, neue Lehrkräfte zu gewinnen. Ebenso gehört es aber zur Realität, dass wir seit 2017 die Versäumnisse aufarbeiten müssen. Und zur Realität gehört auch, dass eine klassische Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen sieben Jahre dauert.

(Jochen Ott [SPD]: Waren das nicht die Versäumnisse von Frau Löhrmann?)

Nun bitte ich Sie, ehrlich zu rechnen. 2017 plus sieben macht 2022? Das hat mein NRW-Abitur mich anders gelehrt.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Die schlechteste Rede, die ich je gehört habe!)

Mit dieser Realität, meine Damen und Herren, arbeiten wir transparent, effizient und vorwärtsgerichtet.

Ein weiterer Eckpfeiler für eine realistische Bildungspolitik ist die Ausweitung der Offenen Ganztagschule. In diesem Haushalt schaffen wir rund 30.000 neue Plätze im Offenen Ganztag und stellen insgesamt 641 Millionen Euro für den Ganztag zur Verfügung.

Für diese neuen Plätze haben wir ebenso 340 Stellen in der Betreuung der OGS geschaffen, um den Kindern eine gute und umfangreiche Betreuung zu sichern. Denn der Offene Ganztag kann nur in einem Zusammenspiel von Betreuung, Bildung und Erziehung funktionieren.

Weitere 1,3 Millionen Euro werden von uns in den Bereich der Ferienbetreuung an Ganztagsförderschulen gesteckt.

Auch die Räumlichkeiten im Bereich des Offenen Ganztags fördern wir weiter mit 35 Millionen Euro aus dem Programm der Investitionsmaßnahmen zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung. Hiermit erweitern wir die Möglichkeit für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserem Land und bekennen uns klar zum Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz für Kinder im Grundschulalter. Damit stellen wir die entsprechenden Weichen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Erhöhung der Bildungspauschale, um den Kommunen mit dem nötigen Rüstzeug zu helfen. Denn egal, wie viele Programme wir auf Landesebene etablieren, oftmals wissen die Kommunen viel besser, was sie am ehesten benötigen. Insgesamt haben wir für das Jahr 2023 die Bildungspauschale von rund 748 Millionen Euro um rund 70 Millionen Euro auf 818 Millionen Euro angehoben. Hier geben wir den Kommunen einen weiteren wichtigen Handlungsspielraum.

Meine Damen und Herren, wir haben viele Krisen zu meistern. Der Lehrkräftemangel beschäftigt uns leider schon viel zu lange. Doch wir werden nicht müde, ihn anzugehen. Dieser Haushalt setzt im Rahmen dieser Krisen Schwerpunkte im Bereich „Bildung“.

Lassen Sie uns hier gemeinsam den Blick nach vorne richten: 21,7 Milliarden Euro für die Zukunft unserer Kinder in Nordrhein-Westfalen, für die Zukunft von Nordrhein-Westfalen, damit wir auch in Krisenzeiten das Beste für die Bildung junger Menschen in unserem Land ermöglichen.

Lassen Sie uns diese herausfordernden Umstände gemeinsam meistern und 2023 weiter gemeinsam vorangehen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Schlottmann. – Für die FDP spricht nun Herr Professor Pinkwart.

(Zurufe)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht in unserer Beratung um einen Einzelplan von fast 22 Milliarden Euro. Es geht um nicht weniger als um die beste Bildung für die Kinder in unserem Land. Es ist zu begrüßen, dass wichtige Ansätze der schwarz-gelben Vorgängerregierung hierzu fortgeschrieben werden.

Angesichts der besonderen Herausforderung durch steigende Schülerzahlen und durch einen erhöhten Anteil von Kindern mit Bildungsnachteilen bzw. Kindern, die unter den Folgen von COVID und Flucht leiden, müssen jedoch zusätzliche Anstrengungen im Bereich „Schule und Bildung“ unternommen werden, damit wir für die beste Bildung in Nordrhein-Westfalen sorgen können.

Hierzu brauchen wir mehr Lehrerstellen. Das ist tatsächlich richtig. Wir brauchen aber nicht nur 5.000 neue Lehrerstellen, sondern wir brauchen in Wahrheit rund 20.000 mehr Lehrerinnen und Lehrer in den nächsten Jahren, um die steigenden Schülerzahlen und die zusätzlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit den zu uns geflüchteten Kindern bewältigen zu können. Das ist uns allen bewusst.

Diese Lehrerstellen müssen natürlich besetzt werden. Dazu gibt es Vorschläge, auch vonseiten meiner Fraktion. Wir werden nächste Woche im Ausschuss darüber beraten. Wir hoffen sehr, dass wir in Nordrhein-Westfalen zu einer Initiative kommen, damit diese Lehrerstellen, die wir dringend brauchen, in den nächsten Monaten und Jahren qualitativ besetzt werden können.

Dafür brauchen wir mittel- und langfristig – da haben wir also einen Vorlauf – die entsprechende Lehrerbildung. Hierfür sind mehr Mittel vorgesehen. In Anbetracht der steigenden Anzahl an Lehrerinnen und Lehrern, die wir mittelfristig benötigen, meinen wir jedoch, dass diese Mittel nicht reichen. Wir haben einen Antrag eingebracht, damit diese Mittel erhöht werden.

Es müssen natürlich entsprechende Konzepte vorgelegt werden, und es muss mit den Hochschulen verhandelt werden. Es müssen Wege gefunden werden, damit wir genügend junge Menschen dafür gewinnen können, in den nächsten Jahren ein erstklassiges Studium zu absolvieren.

Des Weiteren gilt es, die Lehrerbildung so zu organisieren, dass sie sich noch praxisorientierter gestaltet und frühere Übergänge der dort zu Qualifizierenden mit den Anforderungen an den Schulen erlaubt, um dadurch einen qualifizierten Beitrag sowohl für eine hervorragende Lehrerbildung als auch für

eine bessere Beschulung unserer Kinder leisten zu können, die bereits jetzt dringend erforderlich ist.

Ein weiterer Punkt ist, dass die erfolgreiche Initiative von Frau Gebauer, nämlich die Einführung der Talentschulen in Nordrhein-Westfalen, nicht fortgeschrieben wird. Diese Fortschreibung vermissen wir im Haushaltsentwurf sehr. Es sind 60 Talentschulen entstanden, und dafür werden jetzt im Haushalt die noch auszufinanzierenden Stellen geschaffen. Dafür sind wir dankbar.

Wir sind aber gerade vor dem Hintergrund der IQB-Studie sowie der besonderen Nachteile, die wir in gewissen Regionen unseres Landes sehen, weil die Herausforderungen dort für die Kinder und Familien ganz besonders herausragend sind, der festen Überzeugung, dass wir hier mehr tun müssen. Deswegen beantragen wir 60 weitere Talentschulen und weitere 261 Planstellen, um dieses erfolgreiche Modell für mehr Bildungsgerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen zu können.

(Beifall von der FDP)

Wir fordern mit Anträgen außerdem neue Stellen für Schulverwaltungsassistenten. Da kann ich mich meinem Vorredner, Herrn Müller, nur anschließen. Hier können wir helfen, Lehrkräfte von bürokratischen Aufgaben zu entlasten, damit sie sich mit ihrem eigentlichen Bildungsauftrag befassen können.

Wir sollten den Schulverwaltungsassistenten noch stärker öffnen, ihn einem größeren Personenkreis gegenüber öffnen, um mehr qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diese wichtige Aufgabe in den Schulen zu gewinnen. Das könnte auch für die IT-Administration, den IT-Support nutzbar gemacht werden, damit wir bei der Digitalisierung schneller vorankommen und die Lehrerinnen und Lehrer auch hier entlasten. Dazu haben wir einen Änderungsantrag vorgelegt, mit dem wir 300 bis 500 zusätzliche Schulverwaltungsassistenten an unsere Schulen führen könnten.

Der Ministerpräsident hat vorhin mit Hinweis auf unsere sportpolitischen Anträge gesagt, unsere Änderungsanträge, die wir hier diskutieren, stünden in einem gewissen Widerspruch zu dem, was unser Fraktionsvorsitzender heute früh gesagt habe. Ich habe mich noch einmal bei unserem haushaltspolitischen Sprecher rückversichert – deswegen bitte ich auch um Verständnis, Herr Präsident, dass ich Ihren Aufruf nicht rechtzeitig wahrgenommen habe –: Alle diese Änderungsanträge haben wir mit Deckungsvorschlägen unterlegt, die per Saldo sogar über unsere Anträge hinausgehen. Hier wird also nichts auf Pump vorgeschlagen, sondern es wird etwas vorgeschlagen, das uns in wichtigen Politikfeldern in Nordrhein-Westfalen weiterhilft. Für uns haben die Schule und die Bildung dabei weiterhin oberste Priorität.

(Beifall von der FDP)

Wir bitten die Landesregierung beim Thema „Digitalisierung“ darum, dass alles dafür getan wird, damit wir die sächliche Ausstattung für die Schülerinnen und Schüler sowie für die Lehrerinnen und Lehrer auf eine gute und breite Grundlage stellen können. Es war der große Erfolg von Frau Yvonne Gebauer, dass wir als erstes Bundesland in Deutschland allen Lehrerinnen und Lehrern in Nordrhein-Westfalen flächendeckend technische Endgeräte zur Verfügung gestellt haben. Dafür werden wir in den Gesprächen, die ich mit den Verbänden dazu führen kann, nach wie vor gelobt.

Dass das erst vor wenigen Jahren in Nordrhein-Westfalen möglich war, ist eigentlich kaum nachvollziehbar. Alle Vorgängerregierungen – egal, wer sie gestellt hat – müssen sich fragen, warum das erst jetzt möglich gemacht worden ist. Jetzt ist es jedenfalls möglich gemacht worden.

Das kann aber kein einmaliger Vorgang sein, sondern die Geräte müssen instand gehalten werden, und neue Lehrerinnen und Lehrer brauchen ebenfalls entsprechende neue Geräte. Deswegen erwarten wir hier, liebe Frau Ministerin, Vorschläge, wie Sie das in eine nachhaltige Finanzierung überführen wollen.

Das Gleiche gilt natürlich für die Schülerinnen und Schüler. Es war ganz wichtig, dass wir den Kindern aus einkommensschwächeren Haushalten entsprechende Geräte bereitstellen konnten. Aber Ziel muss es doch sein, dass alle Kinder in diesem Land auch über entsprechende Endgeräte verfügen können. Dafür erwarten wir von der Landesregierung ein Konzept und natürlich auch die entsprechende Qualifizierung aller Beteiligten, damit die digitalen Werkzeuge eingesetzt werden können.

Die 1.000Euro und der Fortbildungstag habe ich nicht zu kritisieren; das begrüßen wir. Dieser ist schon 2020 angeboten worden und war erfolgreich. Und warum sollten gute Maßnahmen nicht fortgesetzt werden? Aber ich füge auch hinzu: Dabei können wir es nicht bewenden lassen, sondern wir brauchen zusätzliche Anstrengungen, um bei digitaler Bildung weiter vorankommen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben hier also verschiedene Änderungsanträge eingebracht und sind sehr gespannt darauf, wie die Regierungsfaktionen darauf reagieren werden.

(Jochen Ott [SPD]: Ich nicht!)

Wir würden uns freuen, wenn sie aufgenommen würden. Denn das würde Schule und Bildung besser machen.

(Jochen Ott [SPD]: Frau Schlottmann hat sie gar nicht verstanden!)

Ansonsten sehen wir den Etat sehr kritisch bezogen auf die von mir dargelegten Forderungen und mit

Blick darauf, dass wir aufgrund der Kürze der Beratungszeiten substanziell nicht alle Themen haben besprechen können, wie es für eine sorgfältige Haushaltsaufstellung und -beratung notwendig gewesen wäre. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Professor Pinkwart. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Sonne.

Dennis Sonne (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Kinder und Jugendliche haben es verdient, in einem Bildungsland aufzuwachsen, von dem sie getragen und gestützt werden. Denn Schule ist viel mehr als ein Ort des Lernens. Es ist ein Ort, an dem Kinder und Jugendliche die meiste Zeit des Tages verbringen, und es ist ein Lebens-, ein Erfahrungsort, an dem sie lernen, essen, spielen, lachen und sich streiten. Sie lernen zu diskutieren, sie lernen zu teilen, zu verhandeln, zu vergeben und sich eine eigene Meinung zu bilden.

Es ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht, auch über die Parteigrenzen hinaus auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einzugehen und Räume zu schaffen, die genau diesen Lebens- und Erfahrungsraum widerspiegeln.

Letzte Woche bekamen wir Besuch von einer Gruppe von Schüler*innen aus einer 4. Klasse. Neben der Frage, wie lange das Haus hier existiert oder wie viele Zimmer es hat, wurden natürlich viele Anregungen und Wünsche an uns herangetragen. All ihre Wünsche hatten nichts mit Unterrichtsgestaltung zu tun, sondern mit Vorstellungen, wie der Ort der Schule gemütlicher werden soll: Leseecken, gemütliche Sitzecken, Rückzugsorte, Spielplätze für Groß und Klein, eine vollständige Bücherei, eine saubere und moderne Toilette.

(Frank Müller [SPD]: Warum steht davon nichts im Haushalt?)

Es stimmt: Wir stehen vor großen Herausforderungen. Wir können den Sanierungstau und die teils stark marode Schulinfrastruktur nicht leugnen. Wir dürfen nicht wegsehen, sondern müssen anpacken. Der Raum ist der dritte Pädagoge. Da, wo sich Kinder wohlfühlen, sind die Motivation und die Bereitschaft zum Lernen höher.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Frank Müller [SPD]: Warum ist das im Haushalt nicht erkennbar? – Gegenruf von Norwich Rüße [GRÜNE]: Hör doch erst mal zu!)

Doch ein gut gestalteter Raum alleine macht die Probleme in NRW nicht kleiner. Eine starke Lern-

kraft-Kind-Beziehung beeinflusst ebenso die Motivation und Leistungsbereitschaft von Schüler*innen. Zweifellos erinnern sich doch alle von uns an die Lehrkräfte, bei denen wir uns wirklich ernst und aufgenommen gefühlt haben, an den Lehrer oder die Lehrerin, bei dem bzw. der wir wussten, dass wir uns auf sie verlassen können.

Um den Lehrkräften, aber auch den Schüler*innen diese Chancen einzuräumen, müssen wir uns verlässlich und konsequent dem Lehrkräftemangel entgegenstellen und den Beruf der Lehrkräfte attraktiver machen. Da ist es genau richtig, dass wir in der Zukunftskoalition zeitnah und schnell im Nachtragshaushalt 2022 die Weichen für eine schrittweise Anpassung an A13 für die Lehrkräfte in der Primarstufe und Sekundarstufe I gestellt haben und dass auch angestellte Lehrkräfte entsprechend angepasst werden.

Ein weiteres wichtiges Zeichen und auch ein Beispiel dafür, wie das Programm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ gewirkt hat, ist das aus der Pandemie heraus entstandene Programm „students@school“, das jetzt ins Landesprogramm überführt wurde. Ein voller Erfolg mit Synergieeffekt für Schüler*innen und Lehramtsstudierende!

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen die bestmögliche Förderung und Unterstützung für alle Kinder ermöglichen. Doch der Begriff „Förderung“ darf nicht im falschen Kontext verwendet werden. Förderung impliziert nicht ein Negativum, sondern beinhaltet die Förderung im Sinne der Individualität entsprechend den Lernausgangslagen der Schüler*innen. Das Kind muss endlich ins Zentrum gestellt werden, aber um das zu erreichen, brauchen wir genügend Ressourcen und Kapazitäten.

Wir schauen hoffnungsvoll in Richtung des Bundes. Denn diese Kraftanstrengung – bei aller Liebe zum föderalen System – kann nur gemeinsam bewältigt werden: mit dem Bund, mit den Ländern und mit den Kommunen – im Einklang.

(Jochen Ott [SPD]: Wieder der Bund!)

Deswegen warten wir gespannt auf das ausgestaltete Startchancen-Programm des Bundes in 2024, das momentan als Konzeptentwurf vorliegt, starke finanzielle Unterstützung in diesen Bereichen zusagt, eben eine Verlässlichkeit schaffen soll und sich vom Gießkannenprinzip der Bildungsfinanzierung verabschieden möchte.

Da ist es ja gerade günstig, dass wir in unterschiedlichen Konstellationen im Bund vertreten sind, sodass auch Sie, liebe SPD, oder auch Sie, liebe FDP, daran mitwirken können, den Druck deutlich zu erhöhen. Denn uns allen ist daran gelegen, schnellstmöglich den großen und wunden Punkt der Schulfinanzierung anzugehen.

(Jochen Ott [SPD]: Ja, dann macht es doch!)

Ob es Integration, Inklusion, Digitalisierung, Schulsozialarbeit,

(Jochen Ott [SPD]: Wer hindert euch denn daran?)

Schulbau oder Ganztags: Wir laden Sie herzlich ein, diese Punkte mit uns zu diskutieren und voranzubringen.

(Beifall von den GRÜNEN – Frank Müller [SPD]: Die Anträge habt ihr alle abgelehnt! – Jochen Ott [SPD]: Dann legt doch los! Das ist doch ein Witz!)

Gerade die Finanzierung mit Blick auf den schulscharfen Sozialindex ist uns ein großes Anliegen: die Bedarfe dahin bringen, wo es am nötigsten ist, Ungleiches ungleich behandeln.

Das heißt aber nicht, dass wir uns hier in der Zukunftskoalition wegducken. Denn bereits jetzt gehen wir zukunftsblickend dem Rechtsanspruch der Ganztagsbetreuung ab 2026 entgegen. Ein weiterer Schritt zur Chancengerechtigkeit!

Es ist bewiesen, dass Familien, die sich in ungünstigen sozioökonomischen Lagen befinden, seltener an einem Ganztagsangebot teilnehmen. Das liegt unter anderem daran, dass häufig die Kinder einen Ganztagsplatz erhalten, deren beide Elternteile voll arbeiten und damit als bessergestellt gelten.

Gerade in Städten, in denen die Nachfrage besonders hoch ist, haben Kinder ungleiche Chancen. Im Sinne einer Chancen- und Bildungsgerechtigkeit sind wir froh, dass dieses Thema jetzt schon intensiv gemeinsam von den jeweiligen Ministerien angegangen und die Möglichkeit geschaffen wird, eine Verzahnung von Jugendhilfe und Schule endlich anzugehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein Lenkungskreis ist bereits dabei, die wichtigsten Punkte zu erarbeiten. Im Zukunftsvertrag haben wir uns dafür ausgesprochen, ein Landesausführungsgesetz zur Stärkung der Qualität zu erarbeiten. Dafür werden wir auf alle Akteur*innen zugehen, die Expert*innen auf den Gebieten sind und die klar benennen können, was gebraucht wird.

Im Haushalt hat das Ministerium für Schule und Bildung für den Ausbau der OGS rund 57 Millionen Euro angesetzt. Uns ist bewusst, dass der Ausbau und die räumliche Ausstattung nicht die einzigen Punkte sind, durch die die Problemlagen im Bereich OGS gelöst werden. Auch hier haben wir einen eklatanten Fachkräftemangel.

Deshalb begrüßen wir uneingeschränkt, dass das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration, geführt von Ministerin Paul, für die Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen des Ganztagspersonals und den Ausbau

der Fachkraftstellen einen großen Posten mit einem Aufwuchs von 1,1 Millionen Euro bereitstellt. Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wichtig ist, festzuhalten: Homogenität in Klassen gehört nicht zur Schullandschaft. Unser Bildungssystem ist heterogen. Wie bereits angesprochen, hat jedes Kind das Recht, da abgeholt zu werden, wo es steht. Förderung darf nicht davon abhängig sein, ob der Schülerin oder dem Schüler ein vermeintlich festgelegter sonderpädagogischer Förderbedarf zugeschrieben wurde. Wir stehen für Weiterentwicklungen der inklusiven Bildungslandschaft, nicht für Stillstand.

(Jochen Ott [SPD]: Daran werden wir euch messen!)

Deshalb begrüßen wir, dass wir uns als Zukunftskoalition auf den Weg machen, Inklusion ernst zu nehmen

(Jochen Ott [SPD]: Da bin ich mal gespannt, ob ihr das mit den Schwarzen hinkriegt!)

und zusammen mit der Monitoring-Stelle des Deutschen Instituts für Menschenrechte endlich einen Aktionsplan zu erstellen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dazu gehört aber auch, dass wir die Digitalität vorantreiben, nicht nur bezüglich der Ausstattung, sondern im Unterrichtsprozess selbst. Digitale Tools, zum Beispiel für die Hilfeplangestaltung, können Entlastungen schaffen und Verlässlichkeit und Planbarkeit auch in den Unterrichtsprozess bringen. Wir werden einen Posten im Haushalt bereithalten, der es ermöglicht, die ersten Planungsschritte zu gehen.

Abschließend ist es wichtig, eines festzuhalten. Die Pläne der Zukunftskoalition – auch im Hinblick auf den Haushalt – haben durchweg die wertvollste Investition im Bildungswesen im Blick, und zwar in die Menschen: die Lehrkräfte in den Klassenräumen, die Lernenden selbst sowie alle anderen am Bildungswesen beteiligten Menschen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Sonne. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Clemens.

Carlo Clemens (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen steht bildungspolitisch im Jahre 2022 vor dem

Scherbenhaufen einer vollkommen verfehlten Bildungspolitik der letzten 40 Jahre.

(Beifall von der AfD)

Für diese Fehler sind außer der AfD-Fraktion alle Fraktionen hier im Parlament verantwortlich, Sie alle gemeinsam.

Das Ergebnis müssen wir mit großem Bedauern und großem Ärger zur Kenntnis nehmen. Wir beklagen mittlerweile katastrophale Lerndefizite in besorgniserregendem Ausmaß. Folgen davon sind eine erschreckende Anzahl an funktionalen Analphabeten, eine hohe Zahl an Jugendlichen ohne Schulabschluss und eine skandalös hohe Zahl an Abbrechern in Studium und Ausbildung.

Gleichzeitig finden die Firmen zu wenige geeignete Jugendliche, um ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Der Fachkräftemangel, den wir so vehement beklagen, ist hausgemacht: durch verantwortungslose bildungspolitische Entscheidungen der letzten 40 Jahre. Hausgemacht ist auch der beklagenswerte Lehrkräftemangel, der die gerade genannten Bildungsdefizite bei Kindern und Jugendlichen noch verstärkt.

Trotz dieser höchst angespannten Situation an den Schulen müssen diese noch eine Vielzahl an Kindern und Jugendlichen aufnehmen, die im Zusammenhang mit der Rekordzuwanderung in dieses Land kommen. Kinder und Jugendliche aller Altersstufen mit völlig unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen und unterschiedlichem Sozialisierungshintergrund, die im Regelfall der deutschen Sprache nicht mächtig sind, sollen jetzt in den Gruppen unterrichtet werden, die ohnehin schon kaum ihre Lernziele erreichen können. Die Verantwortungslosigkeit dieser Politik gegenüber den Betroffenen – den Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, den Lehrkräften und der gesamten Gesellschaft – ist offenkundig.

Der Haushaltsentwurf für ein Kalenderjahr kann diese schweren Strukturmängel einer 40-jährigen schulpolitischen Misswirtschaft und die Folgen einer verantwortungslosen Politik sicherlich nicht in einem Zuge beheben.

Der mit einem Ausgabevolumen von 21,6 Milliarden Euro ausgestattete größte Einzeletat des Landeshaushalts könnte allerdings die richtigen Weichen stellen, um den nachhaltigen Abstieg des nordrhein-westfälischen Bildungswesens umzukehren. Gerade weil der sogenannte Schulfrieden im kommenden Jahr ausläuft, haben wir hier im Parlament die Chance, die ideologisch motivierten schulpolitischen Entscheidungen der vergangenen Jahre zu reflektieren, ihre schädlichen Auswirkungen offen zu benennen und unsere Prioritäten dort zu setzen, wo die politisch erzeugten Lasten auf den Schultern der Lehrer und Schüler nicht länger ignoriert werden dürfen.

Vor diesem Hintergrund ist der Aufwuchs der Bildungspauschale um rund 70 Millionen Euro natürlich zu begrüßen. Der Sanierungsstau ist gewaltig. Die Kommunen ächzen unter den Lasten, die den Kommunen durch schulpolitische Entscheidungen der zurückliegenden Jahre aufgebürdet wurden – von Inklusion und Integration bis zur Digitalisierung und der Ganztagsbetreuung.

Es darf aber nicht nur dabei bleiben, Lasten mit Geld abzufedern. Wir müssen auch da umkehren, wo in der Vergangenheit – mittlerweile nachweislich – schwerste Fehlentscheidungen getroffen worden sind. Die unseligen Coronamaßnahmen haben den jahrelangen Rückgang der Lernleistungen weiter beschleunigt. Zweieinhalb Coronaschuljahre mit einem Ausfall von Hunderten Schulstunden haben tiefe Spuren an Körper, Geist und Seele der Kinder und Jugendlichen hinterlassen.

Es reicht jetzt. Die Coronapandemie ist vorbei. Ein deutscher bzw. ein nordrhein-westfälischer Sonderweg ist nicht mehr zu rechtfertigen. Der Präsenzscharbetrieb darf nie wieder durch Maskentragen im Unterricht, Testregime, Quarantänezwang oder zwanghaftes Lüften im Winter behindert werden.

(Beifall von der AfD)

Schulschließungen und Fernunterricht müssen unbedingt der Vergangenheit angehören. Deshalb sind sämtliche Aufwendungen zur Bekämpfung der vermeintlichen Pandemie einzustellen.

Stattdessen müssen wir in die Zukunft investieren. Schüler müssen ihre Defizite aufarbeiten. Neben den teils erheblichen Lernverlusten brauchen benachteiligte Schülergruppen aufgrund psychosozialer Folgen der Maßnahmenpolitik auch soziale und emotionale Betreuung, zum Beispiel durch Intensiv-Lerncoachings.

Hier können wir tatsächlich kurzfristig etwas tun. Die AfD-Fraktion fordert die Verdopplung des Baransatzes des Aktionsprogramms „Ankommen und Aufholen“ von 100 Millionen auf 200 Millionen Euro. Die kommunalen Schulträger brauchen zusätzliches Geld, zusätzliches Personal und zusätzliche Zeit für die Bewältigung der Folgen Ihrer gemeinsamen Maßnahmen- und Lockdown-Politik.

Offensichtlich wurde in Zeiten des Distanzunterrichts, dass die Landesregierung den Schulen mit LOGINEO keine geeignete digitale Plattform bereitstellen kann, auf der die innerschulische Kommunikation reibungslos und sicher funktioniert. Die Schulen haben sich vielerorts anderer Plattformen bedient.

Der AfD-Fraktion erschließt sich deshalb der geplante Aufwuchs an Stellen und Zuschüssen von insgesamt über 22 Millionen Euro für eine Plattform, deren pädagogischer Nutzen äußerst fraglich ist und deren Kosten äußerst intransparent sind, nicht. Über

36 Millionen Euro für eine Plattform auszugeben, die nach Angaben der Schulministerin selbst möglicherweise sogar wieder abgeschafft werden könnte, ist herausgeschmissenes Geld. Für das kommende Haushaltsjahr gibt es deutlich dringendere Herausforderungen.

Wichtiger ist zum Beispiel die Einrichtung einer Titelgruppe „Lesen und Schreiben“ mit 10 Millionen Euro. Damit können Grundschullehrkräfte für die Unterrichtung von Kindern im Schulfach Deutsch in den Schulferien zusätzlich entlohnt werden.

Auch die finanzielle Unterstützung der OGS und die finanziellen Mittel für das FerienIntensivTraining sind sehr zu begrüßen, genauso wie die Zuwendungen für Schülerwettbewerbe, Landesschülerpresse, Schulpartnerschaften und Schüleraustausch. Aber da haben Sie zu wenig an Mitteln vorgesehen, weshalb wir die Erhöhung fordern.

Die Ergebnisse des jüngsten IQB-Bildungstrends haben es leider schonungslos offengelegt: Das Niveau nordrhein-westfälischer Grundschüler sinkt dramatisch. Die AfD-Fraktion hat die Herabsetzung des Baransatzes beim Masterplan Grundschule bereits in der Vergangenheit bemängelt. Wir fordern weiterhin die Anhebung des Baransatzes auf das Niveau von 2021, also 3 Millionen Euro. Die Zuwendungen sollen explizit Gutachten und Expertisen in Fragen der Grundschulempfehlungen, der Leistungsdifferenzierung und des Ausbaus der Effizienz des Bildungssystems gewidmet werden.

Die stufenweise Anhebung der Besoldung der Lehrkräfte für die Primarstufe und die Sekundarstufe I proklamieren Sie als neue Wertschätzung für die Lehrkräfte in diesen Schulformen. Den betroffenen Lehrkräften sei dies vergönnt. Doch wahre Wertschätzung würde sich darin ausdrücken, die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte deutlich zu verbessern. Jede vierte Lehrkraft ist laut einer DAK-Sonderstudie regelmäßig emotional erschöpft und zeigt Burn-out-Symptome.

Der Personalrat für Grundschulen der Stadt Gelsenkirchen klagt, die Situation sei noch nie so prekär gewesen wie heute. Man sei in großer Sorge, dass die aktuellen Herausforderungen die Gesundheit der Beschäftigten dauerhaft gefährdeten. Raumkapazitäten und Personal reichen nicht aus, um die immer weiter steigende Zahl an Zuwanderern mit mangelnden Deutschkenntnissen zu beschulen. Nicht das Unterrichten, sondern die – Zitat – „Verwaltung des Missstands“ sei zur tagtäglichen Aufgabe geworden. Um kurzfristig Entlastung von bürokratischem Ballast und Routineaufgaben zu schaffen, fordert die AfD-Fraktion deutlich mehr Stellen für die Schulverwaltungsassistenten. Solange sich an den Arbeitsbedingungen nichts ändert, wird sich der eklatante Lehrkräftemangel weiter verschärfen.

Die jüngsten Bildungsvergleiche haben eindrucksvoll und zum wiederholten Male nachgewiesen, dass die hyperheterogene Konstruktion von Lerngruppen niemandem Nutzen bringt. Doch Sie treiben die Schulkonstruktion immer weiter voran, obwohl das Experiment des zieldifferenten Unterrichtens grandios gescheitert ist. Wir halten den Aufwuchs an mehr Bedarfsstellen, an Stellen für multiprofessionelle Teams, an Inklusionskoordinatoren und Inklusionsfachberatern für einen Irrweg, der unverhältnismäßig viele Haushaltsmittel und Planstellen bindet, die für die Stärkung des mehrgliedrigen ausdifferenzierten Schulsystems inklusive gut ausgestatteter Förderschulen aufgebracht werden sollten. Verschiedene Formen der Inklusion müssen vom Kindeswohl ausgehen, die Realität anerkennen und frei von ideologischen Egalisierungsabsichten sein. Das würde auch die Lehrkräfte spürbar entlasten.

Für die großen schulpolitischen Herausforderungen setzt dieser Haushalt nicht die richtigen Weichen. Schwere ideologische Irrtümer werden unbeirrt fortgesetzt, und die wenigen positiven Ansätze reichen nicht aus, um die Schulmisere zu beenden. Aus diesen Gründen kann die AfD-Fraktion den Einzelplan 05 nur ablehnen. – Vielen Dank.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Clemens. – Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerin Feller.

Dorothee Feller, Ministerin für Schule und Bildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, uns alle eint, dass das Thema „Schule und Bildung“ eines der zentralen und wichtigsten unserer Gesellschaft ist. Daher greift der Haushaltsentwurf 2023 im Einzelplan Schule die aktuellen Herausforderungen im Schul- und Bildungsbereich auf und unterstreicht damit die Bedeutung der Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen.

Wir blicken vor dem Hintergrund der unbefriedigenden Ergebnisse der IQB-Studie mit besonderer Aufmerksamkeit auf unsere Grundschulen und wollen die im Jahre 2021 gestartete Umsetzung des Masterplans Grundschule weiter voranbringen. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf stärken wir daher unter anderem die Grundschulen mit 500 zusätzlichen Stellen. Dazu gehören 400 weitere Tarifstellen für Beschäftigte in der Schuleingangsphase. Diese Fachkräfte bringen ihre sozialpädagogischen Kompetenzen in die Schule ein und führen gezielte Fördermaßnahmen zum Beispiel im Bereich „Sprache“ durch.

Seit dem 1. August 2022 haben wir zur Stärkung der Fachlichkeit in Deutsch und Mathematik insgesamt 106 Stellen für Fachberaterinnen und Fachberater für die Grundschulen zur Verfügung gestellt. Wir schauen uns aufgrund der Ergebnisse der IQB-

Studie seit einigen Wochen den Grundschulbereich sehr intensiv im Hinblick darauf an, was wir in den Bereichen „Rechnen“, „Zuhören“, „Schreiben“ und „Lesen“ machen können, damit wir beim nächsten Mal bessere Ergebnisse erzielen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wichtig ist uns auch der Bereich „Integration“. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine unerlässliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Bildungsweg und eine gelingende Integration. Das FerienIntensivTraining hat sich insbesondere in Zeiten der Pandemie als ein wichtiger Baustein erwiesen, um auch außerhalb des Unterrichts den Erwerb der deutschen Sprache zu fördern. Wir bauen das FerienIntensivTraining für neuzugewanderte junge Menschen daher mit weiteren 2,63 Millionen Euro aus.

Der Haushaltsentwurf 2023 sieht insgesamt über 5.000 zusätzliche Stellen im Schulbereich vor. Für das wichtige Thema „Inklusion in der Sekundarstufe I“ sind darin 817 neue Stellen enthalten. Davon sind 300 zusätzliche Stellen für multiprofessionelle Teams an den allgemeinen Schulen vorgesehen. Wir stellen 1.250 Vorgriffstellen zur Verfügung, um den Effekt der G9-Umstellung abzufedern. Über 3.300 zusätzliche Stellen sehen wir für die Beschulung der geflüchteten Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine und aus anderen Ländern vor. Diese Stellen halte ich auch für erforderlich. Wir haben schon jetzt über 38.000 Kinder aus der Ukraine in der Erstförderung. Das heißt, wir müssen dringend handeln, damit wir diesen Kindern einen guten Unterricht anbieten können.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es ist richtig: Stellen alleine geben kein Unterricht. Wir müssen sie auch besetzt bekommen. Das ist eine der großen Herausforderungen. Daher haben wir im Ministerium für Schule und Bildung ein Maßnahmenbündel erarbeitet, mit dem die Unterrichtsversorgung in den Schulen nachhaltig verbessert werden soll. Darin sind auch die Rückmeldungen aus der Praxis, also aus den Schulaufsichten, den Verbänden, den Personalräten usw., eingeflossen. Ich werde Sie, wie angekündigt, in der kommenden Schulausschusssitzung am 14. Dezember 2022 über die erarbeiteten Maßnahmen informieren. Dann werden Sie sehen, dass wir auch bereit sind, mutige Schritte zu gehen.

(Zuruf von der SPD: Dann sind wir gespannt!)

Zum Maßnahmenbündel gehört auch der Studienplatzausbau, der seit 2018 stetig erfolgt. Insgesamt wurden 1.450 Studienanfängerplätze für die Lehrämter, für sonderpädagogische Förderung und für die Grundschulen geschaffen. Ab den Wintersemestern 2022/2023 und 2023/2024 wird es an zwei neuen

Standorten, den Universitäten Duisburg-Essen und Münster, jeweils 120 Bachelorstudienplätze geben.

Bei der Veranschlagung der Lehrerstellen im Haushaltsentwurf 2023 geht es uns auch um Verlässlichkeit. So sind zum Beispiel die zusätzlichen Stellen für die Beschulung der geflüchteten Kinder zwingend erforderlich. Sobald die Kinder in der Schule ankommen, entsteht dort ein weiterer Stellenbedarf. Nur wenn die Stellen mit dem Haushalt bereitgestellt werden, kann sich die einzelne Schule überhaupt bemühen, eine professionelle Unterstützung zu finden.

Mir ist es wichtig, dass sich die Schulen darauf verlassen können, dass wichtige Vorhaben über die Grenzen der Legislaturperioden hinweg fortgeführt werden. So sollen zum Beispiel die Vorgriffsstellen für Gymnasien helfen, den Schulbetrieb mit Blick auf die Umstellung auf G9 vorausschauend zu planen. Die Erfahrung der letzten Monate zeigt, dass gerade diese Stellen, die derzeit auch den anderen Schulformen zugutekommen, gut besetzt werden können – eine Chance, die wir nutzen müssen.

Mit der Besoldungsanpassung werten wir den Lehrkräfteberuf auf und gestalten ihn vor allem in der Grundschule, aber auch in der Sekundarstufe I deutlich attraktiver. Das ist ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung und soll uns zukünftig auch dabei helfen, mehr junge Menschen für diese Schulform zu gewinnen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Bis zum Jahr 2026 wird das Land knapp 900 Millionen Euro investieren, um die Eingangsbesoldung für Lehrkräfte in Grundschulen und der Sekundarstufe I in die Besoldungsstufe A13 stufenweise anzuheben. Natürlich profitieren davon auch die Tarifbeschäftigten.

Zu den Zukunftsinvestitionen gehört auch die Stärkung des Ganztags. Hier können Kinder wichtige zusätzliche Förderung erhalten; deshalb gilt auch dem Ganztag unsere besondere Aufmerksamkeit. Der Weg zum Rechtsanspruch beginnt bereits jetzt und nicht erst im Jahre 2026. Die Familien in Nordrhein-Westfalen erwarten zu Recht verlässliche Bildungs- und Betreuungsangebote für ihre Kinder.

Wir forcieren den weiteren Ausbau und sehen hierfür 57,8 Millionen Euro zusätzlich vor. Damit können 30.000 Plätze neu geschaffen werden. Im Jahr 2023 sind dadurch insgesamt bereits 392.500 Plätze vorgesehen. Weitere 30 Millionen Euro sind für die Fortführung des OGS-Helferprogramms bis zum 31. Dezember 2023 etatisiert.

Viele Kinder spüren noch heute die Folgen der Pandemie. Daher ist es mir ein wichtiges Anliegen, die vielen guten Ansätze des Programms „Ankommen und Aufholen nach Corona“ bis zum Ende des Schuljahres 2022/2023 fortzuführen; dafür sieht der vorliegende Haushaltsentwurf 100,6 Millionen Euro vor.

Auch dies ist ein Beitrag, um die bestehenden Defizite aufzuholen.

Noch ein Wort zur digitalen Fortbildungsoffensive, die sich doch nicht nur auf einen zusätzlichen pädagogischen Tag und 1.000 Euro für die Schulen erstreckt. Insgesamt haben wir für die Fortführung der digitalen Fortbildungsoffensive für das nächste Jahr zusätzliche 6 Millionen Euro vorgesehen, um unsere Schulen für die Digitalisierung fit zu machen.

Der von Ihnen in zweiter Lesung zu beratende Einzelplan 05 – Schule – belegt die Entschlossenheit der Landesregierung, trotz schwieriger Rahmenbedingungen weiterhin mit höchster Priorität in die Bildung und damit in die Zukunft unserer Kinder und unser aller Zukunft zu investieren. Bildung ist nach wie vor die Grundvoraussetzung für die Zukunft unserer Gesellschaft. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmelzer: Herzlichen Dank, Frau Ministerin Feller. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Wir kommen zu den Abstimmungen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/1905, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen.

Wir kommen aber zunächst zur Abstimmung über die vorliegenden Änderungsanträge. Zuerst lasse ich über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2001** der AfD abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Antrag bei Abwesenheit des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2038** der FDP-Fraktion. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FDP und die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die CDU. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist dieser Antrag bei Abwesenheit des Abgeordneten Dr. Blex mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2039** der FDP-Fraktion. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von

Bündnis 90/Die Grünen, CDU und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der Änderungsantrag mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis bei Abwesenheit des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 05 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan 05 zu? – Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung** bei Abwesenheit des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex mit dem von mir festgestellten Ergebnis **angenommen**.

Damit kommen wir zu:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/1911 und auf die in der aktualisierten Tagesordnung aufgeführten Änderungsanträge hin.

Wir fangen an mit

a) Arbeit, Soziales

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Teschlade von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall von der SPD)

Lena Teschlade (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Wenn ich mir den Einzelplan für den Bereich „Arbeit und Soziales“ im Haushalt ansehe, dann gibt es dort leider keine sonderlich großen Überraschungen. Aber es gibt eine große Enttäuschung: Wir haben bereits im Nachtragshaushalt Unterstützung für sozial- und gesundheitsbezogene Einrichtungen gefordert. Aber das wurde – wenig überraschend – von Schwarz-Grün abgelehnt und es wurde – auch wenig überraschend – wieder einmal auf Berlin verwiesen.

Es wurde seitdem aber auch kein eigener Vorschlag eingebracht, wie diese Einrichtungen jetzt in der Krise entlastet werden sollen, und welche konkreten Hilfen geleistet werden sollen – bis heute nicht. Auch im vorgelegten Basishaushalt findet sich dazu nichts. Deshalb bringen wir in unseren Änderungsanträgen ein Sondervermögen ein, mit dem auch soziale Einrichtungen und Träger endlich unterstützt werden könnten.

(Beifall von der SPD)